

FRITZ FRICKE

Gedanken zur Verwirklichung des Aktionsprogramms

I. „Reformistische“ oder „revolutionäre“ Gewerkschaftspolitik?

Im Maiheft des gewerkschaftlichen Funktionärorgans „Die Quelle“ nahmen *Heinz Seeger* und *Hermann Beermann* zur Durchführung des Aktionsprogramms Stellung¹⁾. Die Artikel erhalten ihr Gewicht durch die Mitgliedschaft der Autoren in der dem Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB beigegebenen Kommission zur Verwirklichung des Programms. Seeger ergriff außerdem im Juliheft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ zu einer Erwiderung auf meinen Beitrag „Konstruktive Gewerkschaftspolitik“ das Wort, der in der Juninummer veröffentlicht wurde. Die gesellschaftliche Situation, die für die Realisierung des Aktionsprogramms von entscheidender Bedeutung ist, macht es erforderlich, daß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung eine Verständigung über die grundsätzlichen Fragen unserer Politik erfolgt. Deshalb muß auf einige gewerkschaftspolitische Auffassungen eingegangen werden, die in den erwähnten Beiträgen ihren Niederschlag finden, soweit diese für die Beurteilung der Gesamtsituation von Wichtigkeit sind.

Seeger bestreitet den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften grundsätzlich das Recht, lohnpolitische Gespräche zu führen. Das sei Sache der Einzelverbände. (Die IG Metall hat mit ihrem korrespondierenden Arbeitgeberverband inzwischen ein Übereinkommen über die Führung von Lohnstreitigkeiten abgeschlossen, während ein weiteres „Gespräch“ über die 40-Stunden-Woche abgebrochen worden ist.) Seeger knüpft solche „Gespräche“ von Einzelverbänden an eine völlig selbstverständliche Voraussetzung. Wenn irgendwo, zwischen welchen Parteien auch immer, grundsätzliche Unterhaltungen über Lohnpolitik geführt werden, müssen Gewinnpolitik und Gewinnchancen der Unternehmungen in gleicher Weise Gegenstand der Diskussion sein. Vor-

1) Heinz Seeger, Mit Gesprächen allein ist es nicht zu schaffen!; Hermann Beermann, Richtschnur der täglichen Arbeit.

Aussetzung auf gewerkschaftlicher Seite muß aber wohl eine möglichst zutreffende Berechnung oder Schätzung der Unternehmergewinne sein. Die Vermutung Seegers, daß „Gespräche am runden Tisch“ darauf hinauslaufen, „die Gewerkschaften von begründeten Forderungen abzuhalten und sie ihrer kräftigsten Waffe, des Streiks, zu berauben“, stellt der Urteilsfähigkeit der Unterhändler der Gewerkschaften eigentlich kein gutes Zeugnis aus. In den Ländern, in denen solche „Gespräche“ vor jeder Lohnbewegung geführt werden (und zwar durch die Gewerkschaftsbünde), hat sich die Gewerkschaftsbewegung der Streikwaffe nie begeben, sondern sie stets blank gehalten und, wenn keine Verständigung erreicht wurde, auch angewandt. Sein Schlußsatz, wonach die Forderungen des Aktionsprogramms „nicht in einem Gespräch am runden Tisch, sondern nur durch aktiven gewerkschaftspolitischen Kampf zu erreichen sind“, enthält nur scheinbar eine Alternative. Einen offenen Lohnkonflikt kann man ohne vorhergehende Verhandlungen wohl nicht vom Zaune brechen. „Gespräche“ können und werden nie etwas anderes sein, als grundsätzliche, präliminare Auseinandersetzungen mit dem Ziel, zu konkreten Verhandlungen zu kommen. Sie können bei allen sozialen Streitigkeiten vorgeschaltet werden, ohne den „Kampfwillen“ der Gewerkschaften zu beeinträchtigen. Wieweit dieser jedoch ein geeignetes Druckmittel ist, hängt stark von den materiellen Mitteln ab, die eine Gewerkschaftsbewegung einzusetzen vermag und von der Zahl der Organisierten in der von einem Konflikt berührten Branche.

Seine kritischen Bemerkungen in der Juliausgabe der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ leitet Seeger mit dem Hinweis ein, daß das Aktionsprogramm keine Grundsatzfragen der Gewerkschaftspolitik kläre. Das ist richtig. Ebenso unbestreitbar aber ist es, daß seine Durchführung solche Grundsatzprobleme aufwirft. Die Gegenüberstellung „Reformistische Nahziele und revolutionäres Fernziel“ ist veraltet und war auch früher — als man sie weniger in der gewerkschaftlichen, eher in der parteipolitischen Diskussion anwendete — nicht richtig. Jede gewerkschaftspolitische Konzeption wird auch die Stellungnahme zu aktuellen Tagesfragen auf das von ihr erstrebte gesamtgesellschaftliche Ordnungsbild abstellen müssen. Für die deutschen Gewerkschaften dürfte noch immer das von *Hans Böckler* entworfene und vom Münchener Gründungskongreß bestätigte Ordnungsbild²⁾ gelten. Was dort zur „Demokratisierung der Wirtschaft“, zur „Planung und Lenkung“, über die „Vergesellschaftung“ und das „Neu« Eigentumsrecht“ gesagt wird, gilt heute wie damals. Es bleibt nicht „im Reformismus hängen“. Die Wege, die zu einem gesellschaftlichen Ordnungsbild führen, müssen an den Wirklichkeiten unserer heutigen Gesellschaftsstruktur und der in ihr vor sich gehenden sozialen und ökonomischen Prozesse orientiert werden.

II. Koordinierte oder Verbandslohnpolitik?

Erfreulich ist jedoch, daß Seeger im Grundsatz die Notwendigkeit der Koordinierung der Gewerkschaftspolitik der 16 Verbände akzeptiert. Soweit die Lohnpolitik auch hierunter fällt, ist folgendes zu sagen: Es ist eine Binsenwahrheit, daß die gewerkschaftliche Stoßkraft in jedem Industrie- und Wirtschaftszweig anders ist. Sie hängt ab von dem jeweiligen Organisationsgrad der Arbeitnehmer, von der Finanzkraft der einzelnen Verbände, der Gesamtbewegung bzw. von der solidarischen Bereitschaft, die Sache finanzschwacher Organisationen zur Sache des Ganzen zu machen, weiter aber auch von der Widerstandsfähigkeit der Unternehmer, die weitgehend durch die Konjunkturlage und die Arbeitsmarktsituation bedingt ist, aber auch von deren Behauptungswillen. Verbleibt es bei der absoluten lohnpolitischen Souveränität der Verbände, so würden die großen, finanzstarken unter ihnen ihre Lohnbewegungen dort ansetzen, wo hoher Organisationsgrad und hoher Beschäftigungsgrad gute Erfolge in Aussicht stellen, wäh-

2) Protokoll Gründungskongreß München, Oktober 1949, S. 184—206.

rend kleinere Verbände und solche in nicht konjunkturbegünstigten Wirtschaftszweigen — Landwirtschaft, Lebens- und Genußmittelindustrie, Hotel- und Gaststättengewerbe, ferner gewisse Branchen der Textil- und der Holzindustrie — mit niedrigem Organisationsprozentsatz und geringerer Finanzkraft kaum so erfolgreiche Lohnbewegungen führen können, wie das Aktionsprogramm es erforderlich macht, weil sie längeren offenen Konflikten aus dem Wege gehen müßten.

Dies aber widerspräche dem Sinn des Aktionsprogramms. Es will Lohnsteigerungen und tarifliche Verbesserungen auf der ganzen Linie, eine allgemeine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft. Durch die Beibehaltung der bisherigen Lohnpolitik würde jedoch die Spanne zwischen den niedrigsten und den Spitzenlohngruppen vergrößert werden und schließlich ein Ausmaß annehmen, das für den gewerkschaftlichen Zusammenhalt gefährlich wird.

Eine koordinierte und solidarische Lohnpolitik dürfte nicht ausschließlich Bundesangelegenheit sein. Sie sollte vielmehr zwischen den Verbänden durch verbindliches Übereinkommen geregelt werden, wobei dem DGB keineswegs nur eine unwesentliche Rolle zufallen dürfte. Dessen sozial- und wirtschaftspolitische Abteilungen hätten — gestützt auf exakte, vom WWI zu erstellende statistische Untersuchungen der ökonomischen Gesamtsituation sowie der Lage der einzelnen Wirtschaftszweige — den Verbänden und dem zur Beschlußfassung bevollmächtigten Koordinationsorgan Gutachten über Aussichten, Wirkung und mögliche Rückwirkungen von Lohnbewegungen zu erstatten. Die lohnpolitische Grundlinie müßte in jedem Falle darauf hinauslaufen, durch solidarisches Zusammenwirken aller Verbände die Löhne der unterbezahlten schwachen Arbeitnehmergruppen zu heben. Wenn nötig, müßte die Weiterentwicklung der Spitzenlöhne zeitweilig hintenangesetzt werden, um im gemeinsamen Kampf die Löhne unterbezahlter Gruppen dem Durchschnittsniveau anzugleichen. Daß viel höhere Streikfonds als bisher angesammelt und ihre Verwendung ebenfalls koordiniert werden müßte, versteht sich am Rande.

Man kann auch bei dem alten System bleiben, doch muß man hinnehmen, daß die Erfolge nicht dem Aktionsprogramm entsprechen, sondern unzureichend sein werden. Für den Erfolg einer gemeinschaftlich geplanten, solidarischen Lohnpolitik könnten jedoch die umstrittenen „Gespräche“ zwischen den Spitzenorganisationen, unter vorheriger Verständigung mit den Verbänden und mit deren Einverständnis, nur förderlich sein.

Die Koordination der Lohnpolitik dürfte zugleich auch eines der wirksamsten Mittel sein, die von Hermann Beermann erstrebte „Geschlossenheit der Kraft des DGB“ zu fördern.

III. Aktivierung der Mitglieder

Beermanns Artikel beschäftigt sich hauptsächlich mit der Aktivierung der Mitglieder im Kampf um die Durchsetzung des Programms. Als aktive Mitglieder können jedoch nur solche angesehen werden, die sich unmittelbar und persönlich mit ihrer Gewerkschaft verbunden, als ein wirkender Teil der Organisation fühlen. Nur dann werden sie bereit sein, Opfer an Zeit und Mühe für Gewerkschaft und Aktionsprogramm aufzuwenden. Diese innere Verbundenheit, die Bereitschaft, auch ein persönliches Risiko, ja Einkommensverlust hinzunehmen, wenn ein offener Konflikt durchgestanden werden muß, können nur erwartet werden, wenn sie durch Einwirkungsmöglichkeiten des Mitgliedes auf die gewerkschaftlichen Organe unterbaut ist. Deshalb meine Sorge um die Organisationsform, um die echte, dauernde, nicht nur gelegentliche propagandistische Anteilnahme der Mitglieder an den gewerkschaftlichen Bestrebungen. Wirkliche, aus dem Zugehörigkeitsbewußtsein fließende Aktivität ist nicht denkbar, wenn der Gewerk-

schafter sich Parolen und Beschlüssen unterworfen fühlt, die, weit von ihm weg, zentrale Instanzen verkünden oder formulieren, während er sich selbst nicht anders denn als Werkzeug fühlen kann. Ohne Dezentralisation und ohne Delegation von Entscheidungsbefugnissen und Beschlußrechten, das heißt ohne „Selbstbestimmung“ im eigenen Bereich — soweit dadurch nicht die Rechte und berechtigten Ansprüche anderer Kollegen oder Mitgliedergruppen beeinträchtigt werden —, hat das zur aktiven Mitarbeit bereite Verbandsmitglied ja auch gar kein sinnvolles Betätigungsfeld.

Als ein sehr ernst zu beurteilendes Symptom für die Verlagerung von wesentlichen Beschlußrechten in engste Führungsgremien kann die Art des Zustandekommens des Aktionsprogramms selbst angesehen werden. Es ist ein Novum in der Gewerkschaftsgeschichte. Kein früherer Gewerkschaftskongreß hätte es sich nehmen lassen, über ein so wichtiges Dokument selbst eingehend zu diskutieren. Er hätte sich mindestens die endgültige Beschlußfassung vorbehalten.

IV. Werbemethoden

Man sollte einmal überlegen, welche modernen sozial- und massenpsychologisch fundierten *Propagandamittel* eingesetzt werden müßten, um mit dem Programm, wie Beermann es fordert, „in das Bewußtsein jedes einzelnen Arbeitnehmers, ja der Bevölkerung schlechthin“ einzudringen.

Die bekannte Postwurfsendung an die 14 Millionen Haushaltungen wird kaum eine Propagandawirkung haben, die dem Aufwand entspricht. Die graphisch wenig reizvoll gestaltete Drucksache fiel infolge dieser allzu breiten Streuung in viel zu hohem Maße auf unfruchtbaren Boden. Die Kommission zur Durchführung des Aktionsprogramms würde gut tun, sich von vielleicht teuren, dafür aber um so erfolgreicheren Werbefachleuten beraten zu lassen. Vielleicht schlagen diese ein Dutzend psychologisch geschickter, nur von Spezialfirmen herstellbarer Werbefilme vor, die — die Kosten machen sich bezahlt — mit der Zeit durch die Vorstellungen aller einschlägigen Kinos der Bundesrepublik laufen. Bei der Herstellung dieser Filme sollte man die Werbefachleute nicht durch hergebrachte gewerkschaftliche Werbeideen beirren, sie vielmehr frei gestalten lassen. Es sind auch noch andere moderne Werbemethoden denkbar, die wirksamer sind als unsere bisherigen. Auf so vorbereitetem Boden kann dann auch die Agitation von Mund zu Mund in Betrieben und Wohnungen durch unsere freiwilligen Werber erfolgreicher werden.

Werbefilme in Kinos treffen zugleich auf jene Bevölkerungsschichten, die zwar selbst nicht organisierbar sind, deren Haltung zu den Gewerkschaften uns jedoch nicht gleichgültig sein kann, weil sie täglich mit Arbeitnehmern in Berührung kommen und eine Art von geistiger Autorität für sie darstellen. Das sind z. B. Ärzte, Lehrer, Anwälte, Richter. Die Werbefilme müßten also auch auf eine Wirkung in Nicht-Arbeitnehmerkreisen hin gestaltet werden. Auch dort Verständnis für die gewerkschaftlichen Forderungen und für die allgemeine Haltung der Gewerkschaften zu erwecken, hat förderliche Rückwirkungen für den Werbeerfolg unter den Arbeitnehmern selbst.

V. Öffentliche Meinungsbildung

Diese Überlegungen leiten über zu einer weiteren Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Aktionsprogramms, die von der bisherigen Gewerkschaftspolitik nie richtig in Rechnung gestellt wurde, nämlich die der Einflußnahme auf die öffentliche Meinungsbildung.

Noch nie in der Geschichte hat eine Gesellschaftsschicht oder Klasse grundlegende Änderungen der gesellschaftlichen Ordnung völlig aus eigener Kraft erreicht. Sie brauchte dazu wenigstens die Billigung, oft sogar Rückendeckung, ja Mitträgerschaft

ZUR VERWIRKLICHUNG DES AKTIONSPROGRAMMS

anderer, meist benachbarter sozialer Schichten und Gruppen. Die statistisch wägbare Quantität (heute befinden sich etwa 75 vH der Bevölkerung in Arbeitnehmerposition) allein verleiht noch keine politische Wirkkraft. Die gesellschaftliche Rolle, ausschlaggebender und wesentlichster Träger der Arbeitskraft im Produktionsprozeß zu sein, verleiht zwar ein starkes gesellschaftsstrukturelles Gewicht. Dieses Gewicht wird jedoch erst dann zum politischen Gestaltungsfaktor, wenn es durch politisches Bewußtsein in organisierte kollektive Bestrebungen, in möglichst umfassende soziale Verbände umgesetzt wird.

Erst dann kann, unter Beachtung der Verhaltens- und Reaktionsweisen der sozialen Gruppierungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft, aber auch der uns umgebenden Nicht-Arbeitnehmerschichten, vorwiegend über den Weg der öffentlichen Meinung, das gesellschaftliche Gewicht zu direkter und wirksamer politischer Einflußnahme werden. Das klingt alles sehr theoretisch, ist in Wirklichkeit aber von den Gegenspielern der Arbeiterbewegung längst geübte politische Praxis.

Die nur hauchdünne Schicht von Interessenten des großindustriellen und Finanzkapitals beherrscht nach dieser Methode weitgehend die öffentliche Meinung und durch sie zugleich auch die Politik; schon zur Zeit der Weimarer Republik war das so. Seit 1948 ist sie mit sichtlichem Erfolg wieder dabei, die alte Machtposition, wiederum mit völlig legalen Mitteln, zu restaurieren. Es gelingt ihr, allen sozialen Schichten und Gruppen der wirtschaftlich Selbständigen zu suggerieren, daß ihr politisches und soziales Interesse mit dem des Großkapitals identisch sei. Diese Suggestion wird ausschließlich auf dem Weg über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung hervorgerufen.

Was wir bisher nie verstanden haben — was aber bitter notwendig ist und wozu die Zeit noch ausreicht — ist, eine Gewerkschaftspolitik zu treiben, durch die es gelingt, die sozialen Mittelgruppen aus diesem meinungspolitischen Bann herauszubrechen, sie wenigstens politisch zu neutralisieren, in bestimmten Situationen vielleicht sogar mit ihnen zu paktieren.

Ich denke z. B. an die in Westdeutschland keineswegs, wie einst im Osten, unter feudalkonservativer Vormundschaft stehende *Landwirtschaft*. Diese vorwiegend aus Bauern bestehende Schicht lebt in nahezu gleichem Maße wie die Arbeitnehmer von ihrer eigenen Arbeitsleistung und nicht so sehr vom Kapitalertrag. Die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse enthalten einen sehr hohen Anteil an Arbeitslohn für den Bauern und seine mithelfenden Familienangehörigen. Die Landwirtschaft fordert, wie die Arbeitnehmer im Bereich des Arbeitsmarkts, Lenkungsmaßnahmen im Marktbereich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Sie hat ein Netz von genossenschaftlichen, also gemeinwirtschaftlichen Organisationen aufgebaut. Dennoch werden die Verbraucherpreise vieler agrarwirtschaftlicher Produkte nicht vom Erzeuger, sondern vom Handel oder vom weiterverarbeitenden Gewerbe bestimmt. Dies gilt für Getreide, Fleisch, Brot, Gebäck, Gemüse, Obst und Konserven. Eine kluge Gewerkschaftspolitik, die diese Situationsgleichheiten in Rechnung stellt, Erhöhung der Lebensmittelpreise nicht ohne weiteres den Bauern zur Last legt, ihren Preis-, Kredit- und Rationalisierungsforderungen Verständnis entgegenbringt, Ansprüche auf soziale Sicherheit auch der landwirtschaftlichen Bevölkerung zugesteht, könnte diese große und politisch gewichtige Gesellschaftsschicht zeitweilig sogar zum Bundesgenossen der Arbeitnehmer machen.

Zu erfolgreicher Einwirkung auf die öffentliche Meinung gehört jedoch auch eine viel lebendigere, viel sorgfältiger als bisher durchdachte Pflege der Beziehungen zu den Redaktionen und Mitarbeitern der großen Tageszeitungen, die ja durchaus nicht alle ausgesprochene Unternehmerorgane sind. Man muß dabei auch Kritik von seilen der Presse vertragen können, muß sogar offenen Anfeindungen gelassen und sachlich entgegenzutreten verstehen. Auch die Beziehungen zu den bedeutenderen politischen, sozialwissen-

schaftlichen und ökonomischen Fachzeitschriften, zu den politikwissenschaftlichen Organisationen und zur wissenschaftlichen Forschung müssen mit einem hohen Maß an Takt gepflegt werden. Im Bereich der Wissenschaft kann man dann eine von Interessenverzerrungen weniger beeinflusste, relativ objektive Prüfung der Berechtigung wie der ökonomisch-politischen Durchführbarkeit unserer Programmforderungen erwarten, deren Ergebnisse uns im politischen Meinungskampf sogar zur Stütze werden könnten.

Das sind einige wesentliche Probleme, die das Aktronsprogramm aufwirft. Es kann sehr wohl zum Ausgangspunkt eines „neuen Abschnitts der Gewerkschaftsgeschichte“ werden. Jedoch nur dann, wenn es gelingt, ihm die hier genannten Voraussetzungen zu schaffen.

VI. Antworten

Zu den Beiträgen von *Kurt Brumlop* und *Olaf Radke* in dieser Nummer der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ sei in aller Kürze folgendes gesagt³⁾:

Brumlops Ausführungen zum Problem der Radikalität sind durchaus zu akzeptieren. Was mir als gefährlich und angesichts der zunehmenden Verflechtung aller sozialen und ökonomischen Beziehungen als destruktiv, zerstörend und unfruchtbar erscheint, ist jener Wortradikalismus, aber auch Handlungsradikalismus, der ohne kritische Würdigung der den Arbeitnehmern zur Verfügung stehenden politischen Mittel und Kraftreserven Hoffnungen erweckt, die er hinterher nicht erfüllen kann, und der auf der anderen Seite politisches Porzellan zerschlägt. Konstruktive Gewerkschaftspolitik ist nicht zahme, vor allem nicht blutleere Harmoniepolitik. Unter einer veränderten Gesellschaftsstruktur muß man mit zweckmäßig veränderten Mitteln wirken, wenn man nicht erfolglos bleiben will. Es ist gerade — und darauf kommt es mir an — die im richtigen Sinne „radikale“ Politik etwa der CIO-Gewerkschaften in den USA, die mir als eine Art Leitbild vorschwebt; daneben die skandinavische, die andere Methoden anwendet, im Grunde aber bei aller Ruhe und Sachlichkeit ihres Vorgehens größere Erfolge errungen hat, als unsere bisherige, uneinheitliche eigene Gewerkschaftspolitik. Was ich vermeiden möchte, ist gerade, daß sich das Aktionsprogramm infolge gewerkschaftspolitischer Mängel nach einigen Jahren im Sande restaurativer gesellschaftlicher Entwicklungen verläuft.

Der Diskussionsbeitrag von *Olaf Radke* ist typisch für wirklichkeitsfernes Denken; insbesondere aber dafür, daß man bei hinreichender dogmatischer Befangenheit in die Worte und Sätze eines anderen etwas hineinlesen kann, was er nicht gesagt hat, um dann gegen ihn „erfolgreich“ polemisieren zu können. Ich habe weder „Partnerschaft“ noch „Betriebsgemeinschaft“ im Sinn, wenn ich eine Neuordnung der Gewerkschaftspolitik empfehle, sondern eine Steigerung ihrer Wirksamkeit. Wenn ich die Klassenkampfideologien des 19. Jahrhunderts auch für veraltet halte, weiß ich doch, daß es niemals endende Klassenauseinandersetzungen gibt und daß die Gewerkschaften dabei die alleinigen Repräsentanten der Arbeitnehmerinteressen sind. Wenn Radke mir „geistige Hilflosigkeit“ und „Gefühlswirrwarr“ vorwirft, beweist er eben, daß er Worte und Auffassungen nicht danach deutet, wie sie gemeint sind, sondern wie er sie für seine Polemik braucht. Sachlich ist in Radkes Darlegung die Anleihe bei *Thomas von Aquin* und der katholischen Soziallehre interessant. Es ist für einen an Jahren viel älteren Sozialisten wie mich begrüßenswert, wenn ein so völlig von älteren marxistischen Theorien geprägter Jungsozialistenführer wie Radke, etwa im Sinne des katholischen Sozialwissenschaftlers von Nell-Breuning, zwar die Berechtigung von Gebrauchseigentum anerkennt, die Berechtigung des privaten Besitzes an Kapitalgütern, die institutionell sind und die nicht durch die eigene Leistung der über sie verfügenden Personen zustande kommen, aber bestreitet, weil dieser formale, doch leider allzu praktische Kapitalgüterbesitz nicht „Notdurft“

3) Kurt Brumlop, Die Ohnmacht der besseren Argumente, Seite 503, Olaf Radke, Konstruktive Gewerkschaftspolitik?, Seite 476.

befriedigt, sondern zu Machtzwecken verwendet wird. Insofern stimmen also Radkes und meine Auffassungen überein. Das aber ist des Pudels Kern! Differenzen über den Weg zu einer Ordnung, in der die institutionellen Kapitalgüter keine Machtkulisse für kleine Gruppen von Managern mehr abgeben, sondern im Sinne einer funktionellen Demokratie nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten, unter Mitbestimmung der Organisationen aller daran interessierter sozialer Gruppen verwendet werden, können — eventuell nach schmerzlichen Erfahrungen — überbrückt werden. Für die — natürlich begrenzte — Beweiskraft von volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur politischen Lenkung der Verteilung des Sozialprodukts und über die Erfolge, die dabei erzielt werden können, möge Radke sich in den skandinavischen Ländern näher erkundigen. Ebenso über den Grad der politischen Macht der schwedischen Arbeiterklasse und über die Art, wie sie ausgeübt wurde und wird.

Die Steigerung der Produktivität den Unternehmern allein zu überlassen, ist politisch leichtsinnig und unklug. Produktivitätssteigerung kann auch in volkswirtschaftlich recht unproduktiven Wirtschaftszweigen erzielt werden, zum Nachteil der Arbeitnehmer ausschlagen und zu gefährlichen Fehlinvestitionen führen, wenn man nicht aufpaßt. Produktivität fällt heute sicherlich auch weitgehend mit der privatwirtschaftlichen Rentabilität zusammen; vor allem in Ländern mit sogenannter freier Marktwirtschaft. Wie für *Dr. Agartz*, der im Juniheft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ das Produktivitätsproblem theoretisch untersucht und zu keinem praktischen Schluß kommt, bietet auch für Radke nur der Besitz der politischen Macht eine Lösung. Politische Macht! Das ist der entscheidende Punkt: Ungeteilte politische Macht ist Diktatur. Bisher haben die Arbeitnehmer unter Diktaturen noch immer gelitten und sind schlimmer unterdrückt worden als in parlamentarisch-demokratischen Regimes. Das Problem der politischen Macht in der Demokratie steht jedoch immer so, daß sie in Kooperation mehrerer sozialer Gruppen oder politischer Parteien ausgeübt wird und nicht durch die Herrschaft einer einzigen über alle anderen. Anteil an politischer Machtausübung wird in demokratischen Staaten auf zwei Wegen gewonnen: durch Parlamentswahlen und Regierungsbildungen sowie durch die permanente Einwirkung von sozialen Gruppen- und Klassenorganisationen auf Parlament, Regierung und Verwaltung.

Auch vom Standpunkt der Arbeitnehmerschaft aus gesehen, kann im demokratischen Staat politische Macht nur legal errungen werden. Eben durch Einflußnahme auf die Parlamentswahlen wie zugleich auch durch das Recht dieser sozialen Organisationen, in einem möglichst breiten staatsfreien Raum, durch freie Übereinkommen selbst Recht zu setzen. Dazu würden u. a. auch frei vereinbarte Verfahren zur Regelung von Gesamtstreitigkeiten gehören. Sogar die Verteilung des Ertrages aus der Produktivitätssteigerung ist in manchen Ländern auf diese Weise mit Erfolg geregelt worden.

Um unter demokratischen Verhältnissen politische Macht zu gewinnen, ist vor allem ein weitumfassender Widerhall der eigenen Bestrebungen in der öffentlichen Meinung notwendig, weit über die Angehörigen der eigenen sozialen Schicht und ihre Organisationen hinaus. Letzten Endes aber ist diese Form der Machtgewinnung und Machtanteilmahme eine Frage — soweit die Arbeitnehmer in Betracht kommen — der Stärke (auch der zahlenmäßigen) der Gewerkschaften und ihrer Geschlossenheit in gesellschaftspolitischen Auffassungen wie im aktiven politischen Wirken.

Konstruktive Gewerkschaftspolitik, das sei hier noch einmal deutlich gesagt, heißt nicht Zweifel an der Durchführbarkeit des Aktionsprogramms, heißt auch nicht verwaschene politische Harmonieduselei, Gefühlswirrwarr, Verzicht auf die Streikwaffe, Anpassung an Unternehmerinteressen. Es heißt vielmehr Schärfung und Verbesserung der Effektivität aller Mittel und Methoden der Gewerkschaften.